



Frankfurt am Main/Darmstadt, 20. März 2013

Erklärung von IG Metall und Interkulturellem Rat zum Internationalen Tag gegen Rassismus

Anerkennung statt Ausgrenzung! Mehr politische Partizipationsrechte für Migrantinnen und Migranten

Zum Internationalen Tag gegen Rassismus am 21. März erklären die IG Metall und der Interkulturelle Rat in Deutschland:

Wer Rassismus nachhaltig bekämpfen will, muss sich trauen, die bestehenden Verhältnisse offen zu benennen: Rassismus ist kein weit entferntes Phänomen, sondern alltägliche Realität auch in Deutschland. Er beginnt in den Köpfen der Menschen, wirkt in den Strukturen und Institutionen unserer Gesellschaft und dient gewaltbereiten Feinden der Demokratie als Legitimation für ihre menschenverachtenden Taten.

Wer Rassismus nachhaltig überwinden will, muss

- anerkennen statt ausgrenzen;
- die Vielfalt unserer Gesellschaft als Bereicherung begreifen, die auf dem Boden der Menschenrechte und des Grundgesetzes zu gestalten ist;
- sich dafür einsetzen, den Gegnern und Opfern von Rassismus Stimme und Gehör zu geben;
- sich stark machen für die gleiche Würde und die gleichen Rechte aller Menschen - unabhängig von ihrer Herkunft, Nationalität, Kultur oder Religion: in der Schule, in Behörden, in den Medien, in der Wissenschaft, in der Bildung und nicht zuletzt im Betrieb.

Aus guten Gründen gilt seit 1972 im Betrieb, dass ausländische Kolleginnen und Kollegen bei Wahlen zum Betriebsrat gleichberechtigt sind. Weil betriebliche Entscheidungen vor ihnen nicht Halt machen, ist es recht und billig, dass sie gleichberechtigt mitentscheiden dürfen.



Ganz anders sieht es außerhalb der Betriebe aus. Ausländerinnen und Ausländer unterliegen hierzulande wie deutsche Staatsbürger der Steuerpflicht. Sie zahlen Beiträge zur Sozialversicherung, müssen sich an Gesetze und Verordnungen halten und sind von den Entscheidungen in den Parlamenten unmittelbar betroffen. Aber sie dürfen nicht mitbestimmen!

Weil wir nicht wollen, dass Menschen, die in unserem Land zu Hause sind, bei politischen Wahlen ohne Stimme bleiben, fordern wir die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker dazu auf, Migrantinnen und Migranten den Weg zur gleichberechtigten Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen in der Kommune, im Land und im Bund zu ebnen.

Wir wollen,

- dass der Optionszwang im Staatsangehörigkeitsrecht abgeschafft und in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern sich nicht länger zwischen der deutschen und der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern entscheiden müssen;
- dass Menschen, die sich einbürgern lassen wollen, nicht mehr länger auf ihre bisherige Staatsangehörigkeit verzichten müssen;
- dass wenigstens bei Kommunalwahlen unabhängig von der Staatsangehörigkeit alle Einwohnerinnen und Einwohner gleichberechtigt wählen dürfen.

Uns ist bewusst, dass politische Teilhaberechte für Migrantinnen und Migranten allein nicht ausreichen, um Rassismus nachhaltig zu bekämpfen. Deshalb fordern wir von den politisch Verantwortlichen darüber hinaus, eine umfassende handlungsorientierte Strategie zu erarbeiten und umzusetzen, die dem Ziel einer diskriminierungsfreien, solidarischen Gesellschaft verpflichtet ist, die Gleichwertigkeit aller ihrer Mitglieder betont und Gleichstellung und Gleichbehandlung fördert.

Kontakt:

- IG Metall: Petra Wlecklik, IGM Vorstand Ressort Migration/Integration Tel.: 069 - 66932918
- Interkultureller Rat: Torsten Jäger, Geschäftsführer, Tel.: 06151 – 33 99 71